



Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 21. Juni 2021

Aus Respekt vor Eurer Zukunft

1 Die Welt entdecken, neue Leute in der Ausbildung kennenlernen, Mottowoche in den
2 letzten Schultagen, bis morgens feiern, im Ausland studieren, kurz: Jung und frei sein.

3 Die Corona-Pandemie macht all das unmöglich und raubt einer ganzen Generation
4 entscheidende Jahre. Und sie wirkt nach: Drei von vier jungen Menschen unter 30 haben
5 Angst vor ihrer Zukunft, psychische und physische Belastungen nehmen zu –
6 insbesondere unter Jugendlichen. Die Sorgen davor, welche Aussichten für das eigene
7 Leben bestehen, wachsen.

8 Mit jeder Impfung kommen wir der Überwindung der Pandemie näher. Doch wir wissen
9 ganz genau, was diese harten Einschnitte für junge Menschen bedeuten. Deshalb geben
10 wir ein Versprechen an alle jungen Menschen in Deutschland:

11 Wir garantieren die Rahmenbedingungen dafür, dass ihr alles aus eurem Leben machen
12 könnt. Ob es die Entscheidung für den Betrieb oder den Hörsaal ist, die Auswahl
13 zwischen dem Leben auf dem Land oder in der Stadt, Auslandsaufenthalt oder
14 Familiengründung - all das liegt in eurer Hand. Diese Freiheit der Lebensführung völlig
15 unabhängig von den Verhältnissen, aus denen man stammt, garantieren wir euch.

16 Wir wollen ein Recht auf Bildung in jedem Alter, jeder Lebensphase und jeder
17 Lebenslage. Wer sich aufmacht, seine Lage und Perspektiven mit Bildung und
18 Qualifizierung zu verbessern, verdient Unterstützung, egal wie alt und egal in welcher
19 Lage er oder sie ist. Als individuellen Rechtsanspruch und sozial ausgestaltet.

20 Aus Respekt vor eurer Zukunft!

I. Bildung – mit Vollgas in die Zukunft

22 Was ihr Schüler*innen in den letzten Monaten geleistet und gestemmt habt, verdient
23 Respekt. Die Umstellung auf das Onlinelernen und die damit verbundene
24 Selbstorganisation, das ständige Hin und Her von Öffnung und Schließung, die
25 fehlenden Lerngemeinschaften. Jeden Tag gingen Schüler*innen während des

26 Lockdowns durchschnittlich drei Lernstunden verloren. Insgesamt unterscheidet sich die
27 Zahl der täglich investierten Lernstunden stark – je nachdem wie viel Unterstützung
28 man erhält, welche Lernmöglichkeiten zu Hause vorhanden sind und wie gut man sich
29 selbst organisieren kann. Die Isolation zu Hause und der fehlende Kontakt mit den
30 Mitschüler*innen und Freund*innen bleibt nicht ohne Folgen. So fühlen sich vier von
31 fünf Schüler*innen belastet, jedes dritte Kind hat psychische Auffälligkeiten wie
32 depressive Symptome oder psychosomatisch bedingte Kopf- oder Bauchschmerzen.
33 Auch Sport und Bewegung fehlen. Viele Schüler*innen geben an, die Zeit vor allem vor
34 dem PC, aber kaum noch mit sportlichen Aktivitäten zu verbringen.

35 Schüler*innen und ihre Eltern sowie Lehrer*innen wurden wie kaum eine andere
36 Gruppe durch die Pandemie belastet und herausgefordert. Unter schwierigen
37 Bedingungen wurde vielerorts Großartiges geleistet, um die Folgen der Pandemie
38 abzumildern, Distanzunterricht zu ermöglichen, Hygienekonzepte aufzustellen und
39 einzuhalten sowie die technische Ausstattung zu verbessern.

40 Seit Beginn der Pandemie treibt uns die Situation aller Schüler*innen in unserem Land
41 um. Daher haben wir schon zu Beginn der Pandemie drei Mal 500 Millionen Euro
42 zusätzlich für die Ausstattung des digitalen Lernens auf den Weg gebracht: für
43 Endgeräte für Schüler*innen, für Lehrkräfte und für die Administration. Seitdem haben
44 die Schulen einen Digitalisierungsschub erfahren, den wir mit in die Zukunft nehmen
45 und weiter verstärken wollen. Denn wir haben noch nicht unser Ziel erreicht, dass alle
46 Schulen den gleichen hohen Standards für digitales Lernen haben.

47 Wir wollen, dass jede und jeder von euch unabhängig vom Kontostand der Eltern aus
48 seinem Leben machen kann, was er möchte. Daher ist es gerade jetzt eine Frage der
49 Gerechtigkeit, alles dafür zu tun, dass die Folgen der Pandemie für Schüler*innen
50 behoben werden. Genau aus diesem Grund haben wir ein milliardenschweres
51 Aufholpaket („Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“)
52 durchgesetzt. Mit einer Milliarde Euro unterstützen wir Nachhilfe- und
53 Förderprogramme für Schüler*innen. Doch gerade weil es nicht nur um das Nachholen
54 von Bildungsinhalten geht, sondern ganz besonders um die Kinder und Jugendlichen
55 selbst, investieren wir eine weitere Milliarde Euro in die außerschulische Kinder- und
56 Jugendarbeit, für Begleitpersonal und für die Unterstützung der Familien. Damit das
57 keine leeren Versprechen bleiben, werden wir die Umsetzung genau beobachten und
58 dafür sorgen, dass erfolgreiche Ansätze über die Krise hinaus genutzt und
59 weiterentwickelt werden.

60 Traurig, aber wahr: Die psychischen Folgen der Pandemie werden uns noch lange
61 begleiten. Notwendig ist daher eine Stärkung der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Dies
62 umfasst die Steigerung der Therapieplätze, die weitere Stärkung der Schulsozialarbeit,

63 psychologische Beratungsangebote für Studierende, die Einrichtung von
64 Ansprechpartner*innen zur psychischen und sozialen Unterstützung an allen
65 Bildungseinrichtungen und den vereinfachten Zugang zu psychologischer
66 Unterstützung und psychotherapeutischer Behandlung durch Informationsmaterial in
67 Schulen, Berufsschulen, Ausbildungsbetrieben und Hochschulen.

68 Doch es darf nicht dabei bleiben, die unmittelbaren Krisenfolgen abzumildern. Wir
69 wollen Chancengleichheit durchsetzen. Der fatale Zusammenhang zwischen dem
70 Geldbeutel und dem Bildungshintergrund der Eltern und dem Bildungserfolg der Kinder
71 ist nicht erst durch die Pandemie entstanden, doch er wurde nochmal wesentlich
72 verschärft. Der Respekt vor der Zukunft jedes jungen Menschen in Deutschland gebietet
73 es, dass sich jetzt auch ganz grundsätzlich etwas ändert und Chancengleichheit
74 verwirklicht wird. Es braucht eine neue Ära von Zukunftschancen für alle. Ungleichheit
75 muss durchbrochen und Chancen müssen neu und besser verteilt werden. Bedingungen
76 dafür zu schaffen, dass jedes Leben gelingen kann, das ist die zentrale Aufgabe
77 sozialdemokratischer Politik. Solange das Kind eines Akademikers gegenüber einem
78 Arbeiterkind eine drei Mal so große Chance hat, Abitur zu machen, können wir nicht von
79 einer gerechten Gesellschaft reden. Solange wir es nicht geschafft haben, die Vererbung
80 von Wohlstandschancen zu durchbrechen, wird die SPD für Chancengleichheit kämpfen.

81 Daher werden wir den eingeschlagenen Weg fortsetzen und auch auf Bundesebene
82 weiter in unsere Bildungslandschaft investieren, auch wenn Länder und Kommunen hier
83 ebenfalls in der Verantwortung sind. Wir werden ein Modernisierungsprogramm des
84 Bundes versteigen, das sowohl den Sanierungsbedarf der Schulgebäude als auch die
85 digitale Ausstattung umfasst. Einen besonderen Schwerpunkt werden wir auf die
86 Ganztagschule legen und das Recht auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter zügig
87 umsetzen. Wir werden Schluss damit machen, dass der Investitionsstau an mancher
88 Schultoilette abzulesen ist. Wir werden dafür sorgen, dass jede Schule an schnelles
89 Internet angeschlossen ist. Keine Investition könnte stärker in die Zukunft gerichtet sein,
90 als diese.

91 Viele von euch haben es erlebt: Nicht einmal die Hälfte aller Schulen verfügt über
92 digitale Lernplattformen. Ein Grund dafür, dass das Bildungswesen so hart getroffen
93 wurde. Aus dieser bitteren Erfahrung heraus werden wir mit einer Open-Source
94 Plattform, die bestehende Angebote vernetzt, dafür sorgen, dass Lehr- und
95 Lernmaterialien länderübergreifend für alle zugänglich sind. So stärken wir das
96 individuelle Lernen und Lehren und nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung für
97 Chancengleichheit in unserem Land. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir uns auch
98 für die bessere personelle Besetzung der Schulen einsetzen und mehr pädagogisches
99 Personal durch gute Arbeitsbedingungen gewinnen. Ein Ganztagsangebot für alle

100 Schulkinder ist für uns dabei das Gebot der Stunde. Denn auch das hat die Corona-
101 Pandemie gezeigt: Unterstützungsangebote und Hilfestellungen müssen strukturell
102 verankert sein. Die Fortbildung von Lehrkräften ist ein Schlüssel zur modernen, digitalen
103 Schule: Neben einer guten Infrastruktur braucht es vor allem moderne pädagogische
104 Ansätze, die stärker Bestandteil von Aus- und Weiterbildung der Lehrer*innen werden
105 müssen. Wir werden deshalb bundesweit Kompetenzzentren für digitales Lernen
106 aufbauen, unterstützen und vernetzen. Dabei werden wir besondere Aufmerksamkeit
107 auf die Schulen legen, die mit besonderen sozialen Herausforderungen zu tun haben.

108 Bildungsbenachteiligungen aufgrund der Pandemie dürfen sich nicht verfestigen.
109 Neben dem Aufholpaket braucht es eine regelmäßige, zeitlich und inhaltlich gut
110 dosierte Förderung. Aus diesem Grund starten wir die Bundesinitiative
111 Chancengleichheit in der Bildung. Durch ein Bundesprogramm für Schulsozialarbeit
112 werden den Kommunen Mittel zur Förderung von Chancenhelfern an jeder Schule
113 bereitgestellt.

114 Alle Chancen im Leben zu haben – dafür wird der Grundstein bereits in der Kita gelegt.
115 Daher stehen wir für gute Qualität in unseren Kindertagesstätten, aber auch dafür, dass
116 sie in der gesamten Republik beitragsfrei sind. Das Gute-Kita-Gesetz wollen wir
117 deswegen verstetigen.

118 Ohne die Kinder- und Jugendhilfe wären auch während der Krise noch mehr junge
119 Menschen durch das Netz gefallen. Auch sie wollen wir stärken und den Weg dafür
120 ebnen, dass mit einem Digitalpakt für die Kinder- und Jugendhilfe der Sprung in die
121 Digitalisierung gelingt.

122 **II. Ausbildung und Berufseinstieg – Fundament der eigenen Zukunft**

123 Die freie Berufswahl ist ein hohes Gut in Deutschland. Denn sie ist ein wesentlicher
124 Baustein für ein selbstbestimmtes Leben im umfassenden Sinne. Jede*r von euch soll
125 den Weg wählen können, der euren Neigungen und Fähigkeiten am besten entspricht.
126 Dabei verdienen berufliche und akademische Wege gleichermaßen Respekt,
127 Durchlässigkeit und damit auch gleichwertige Förderung. Das Berufsbildungssystem in
128 Deutschland zeichnet sich aus durch seine duale Struktur und eine professionell
129 aufgestellte Infrastruktur von Berufsschulen und Kammern in der Fläche. Mit der
130 Bereitstellung hochqualifizierter Fachkräfte ist das Berufsbildungssystem die
131 zuverlässige Basis des deutschen Produktions- und Wohlstandsmodells und garantiert
132 somit gleichzeitig die gesellschaftliche Integration breiter Bevölkerungsschichten.
133 Dieses System hat sich bewährt, doch es braucht ein Update und muss auf die Höhe der
134 Zeit gebracht werden.

135 *Der Ausbildungsmarkt in der Corona-Pandemie*

136 Die Pandemie hat die ohnehin schwierige Lage auf dem Ausbildungsmarkt noch einmal
137 deutlich verschärft. Die Zahl der gemeldeten Berufsausbildungsstellen ist im Mai 2021
138 mit insgesamt 450.900 weiterhin rückläufig (-3 Prozent gegenüber Vorjahr). Ursächlich
139 sind vor allem die Pandemie und die damit einhergehenden Unsicherheiten bei vielen
140 Betrieben. Ein genauerer Blick auf die unterschiedlichen Branchen zeigt jedoch auch,
141 dass die laufenden Veränderungen insbesondere in der Automobil- und
142 Zulieferindustrie ihren Niederschlag finden.

143 Auch die Zahl der Bewerber*innen um Ausbildungsstellen geht zurück (minus 8
144 Prozent). Das liegt aber nicht daran, dass es weniger Ausbildungssuchende gibt.
145 Vielmehr geht eine hohe Zahl junger Menschen aufgrund der unsicheren Situation in die
146 „Stille Reserve“ der Ausbildungsnachfrage. Der Anteil der unversorgten „Altbewerber“
147 steigt, also Ausbildungssuchende aus dem letzten Beratungsjahr, die schon 2020
148 aufgrund der Pandemie nicht zum Zuge gekommen waren.

149 Insgesamt ist die Lage nach Branchen und Regionen sehr unterschiedlich. Die Pandemie
150 hat allerdings vorhandene Ungleichheiten und Disparitäten verschärft, die schon vorher
151 begonnen haben und länger erkennbar sind. Insbesondere hat sich die Zahl der
152 Arbeitsagenturbezirke mit einem sehr schlechten Stellen-Bewerber-Verhältnis noch
153 einmal deutlich auf über 25 Prozent erhöht. Und zum anderen ist die Zahl der
154 Unternehmen, die überhaupt ausbilden, mittlerweile auf unter 20% gesunken.

155 *Kurzfristige Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Folgen*

156 Mit dem Rettungsschirm für Ausbildungsplätze investieren wir, um Ausbildungsplätze
157 zu erhalten. Bereits vor einem Jahr starteten wir das umfassende Förderprogramm und
158 gewährten Unternehmen Prämien, damit sie Ausbildungsplätze weiterhin anbieten.
159 Damit unterstützen wir die Betriebe, die sich trotz des schwierigen Umfelds ihrer
160 Verantwortung für Ausbildung stellen. Die Ausbildungsprämien werden vor allem von
161 Unternehmen in Handel, verarbeitendem Gewerbe und Gastgewerbe genutzt. Anfang
162 2021 haben wir die Förderbeträge verdoppelt.

163 Es war uns auch besonders wichtig, kurzfristig die Finanzmittel für eine Aufstockung der
164 Plätze bei den Freiwilligendiensten des Bundes und der Länder bereitzustellen und beim
165 Bundesfreiwilligendienst die Hürde für neue Einsatzstellen zu senken. So können
166 unversorgte Absolventen eine Chance zur beruflichen und persönlichen Orientierung
167 und Entwicklung erhalten.

168 Die Partner der „Allianz für Ausbildung“ starten über die Sommermonate vielfältige
169 Aktionen, um für mehr Ausbildungsplätze zu werben und Bewerber*innen zu
170 informieren und zu unterstützen. Mit Themenaktionstagen und einer breiten Auswahl

171 an Veranstaltungen auf Bundes-, Landes- und regionaler Ebene sollen die vielfältigen
172 Unterstützungsangebote bekannter gemacht werden. Dabei kommen innovative
173 Formate der Berufsorientierung zum Einsatz. Denn der Rückgang der Bewerberzahlen ist
174 auch darauf zurückzuführen, dass aufgrund der Pandemie die Berufsberatung in den
175 Schulen in Form von Berufsorientierungsveranstaltungen oder Schulsprechstunden
176 häufig nicht stattfinden konnte. Die Bundesagentur für Arbeit hat zwar neue digitale
177 Formate der Ansprache entwickelt, dies kann die Präsenz in den Schulen aber nicht
178 vollständig ersetzen.

179 Die Möglichkeiten der aktiven Arbeitsmarktpolitik müssen gerade in Krisensituationen
180 ausgebaut werden. Tatsächlich sind aber auch Instrumente, wie etwa die
181 Einstiegsqualifizierung oder berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, vor und
182 insbesondere in der Pandemie rückläufig. Gerade Jugendliche, die ohnehin
183 Startschwierigkeiten haben, brauchen solche Instrumente. Die Zahl der Plätze für solche
184 ergänzenden Maßnahmen kann ohne langwierige Ausschreibungen schnell deutlich
185 erhöht werden. Dies sollte jetzt umgehend erfolgen.

186 *Unser Versprechen: Ausbildungsgarantie!*

187 Unser duales Ausbildungssystem ist ein weltweit beachtetes Erfolgsmodell. Gerade
188 deshalb bleibt unser erstes und oberstes Ziel die Vermittlung junger Menschen in eine
189 betriebliche Ausbildung. Hierfür braucht es qualitativ hochwertige regionale
190 Beratungsstrukturen in Form von Jugendberufsagenturen. Sie beraten junge Menschen
191 in ihrer Berufswahl aktiv und helfen, den eigenen Weg zu finden. Diese
192 Beratungsstrukturen werden wir stärken.

193 Bei nicht gelungener Vermittlung in den Ausbildungsmarkt dürfen Jugendliche nicht in
194 Maßnahmen „geparkt“ werden. Wir wollen deshalb eine Ausbildungsgarantie
195 umsetzen, um die freie Berufswahl zu verwirklichen und regionale Passungsprobleme
196 auszugleichen.

197 Mit der Ausbildungsgarantie erhalten alle Jugendlichen Zugang zu einer
198 vollqualifizierenden Berufsausbildung und eine Zusicherung zu einem
199 Berufsausbildungsabschluss nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw.
200 Handwerksordnung (HwO) oder anderer Bundesberufsgesetzen bzw. einem Schulberuf
201 nach Landesrecht. Zur Umsetzung werden regional Kooperationsbetriebe angeworben
202 aber auch außerbetriebliche Ausbildungsstätten ausgebaut. Ziel ist es, die Jugendlichen
203 so schnell wie möglich in einen Kooperationsbetrieb zu vermitteln. Gelingt dies nicht,
204 wird außerbetrieblich dennoch ein Abschluss ermöglicht.

205 Die Unternehmen haben eine große und die erste Verantwortung für ein breites
206 Angebot an Ausbildungsplätzen. Dies liegt in ihrem eigenen Interesse. Denn nur wer
207 ausbildet, kann auch künftig den wachsenden Bedarf an Fachkräften decken. Wir
208 werden die Unternehmen aus dieser Verpflichtung nicht entlassen. Die niedrige
209 Ausbildungsquote der Betriebe muss deutlich erhöht werden. Wir unterstützen das
210 Mittel der Umlagen bzw. Fonds, beispielsweise branchenbezogen, dort wo unterhalb des
211 Bedarfs ausgebildet wird. Damit werden vor allem die Betriebe unterstützt, die ihrer
212 Verantwortung für Ausbildung gerecht werden. Zugleich kann mit den so gewonnenen
213 finanziellen Mitteln die Zahl der außerbetrieblichen Ausbildungsplätze erhöht werden.
214 Klar bleibt aber auch hier: Der Wechsel in eine betriebliche Ausbildung hat für uns zu
215 jedem Zeitpunkt Priorität.

216 Eine duale Ausbildung ist vor allem dann ein Erfolgskonzept, wenn ein qualitativ
217 hochwertiger betrieblicher Teil durch einen genauso guten schulischen Teil ergänzt wird.
218 Daher ist uns die Ausstattung von Berufsschulen auf der Höhe der Zeit besonders
219 wichtig. Den Lernort Berufsschule werden wir stärken, vor allem im ländlichen Raum und
220 in strukturschwachen Regionen. Dafür schließen wir einen Pakt für berufsbildende
221 Schulen von Bund, Ländern und Schulträgern zusammen mit den Sozialpartnern. Im
222 Vordergrund stehen dabei die Modernisierung der technischen Ausstattung und eine
223 verbesserte Sicherung des Lehrkräfte-Nachwuchses.

224 Für Erziehungs- und Sozialberufe oder auch die Assistenzberufe fehlen übergreifende
225 bundeseinheitliche Standards. Selbst die Anerkennung der Berufe innerhalb der
226 Bundesrepublik Deutschland ist nicht immer sichergestellt und damit bleiben Mobilität
227 und Freiheit des Einzelnen auf der Strecke. Es ist dringend an der Zeit, auch diese Berufe
228 an den Standards des dualen Ausbildungssystems nach Berufsbildungsgesetz und
229 Handwerksordnung zu orientieren und nach Möglichkeit bundesgesetzlich neu zu
230 verankern. Das derzeit erreichbare Niveau 6 des Deutschen Qualifikationsrahmen muss
231 auch künftig sichergestellt und Ausgangspunkt für tarifrelevante Karrierewege (mit dem
232 Ziel des DQR-Niveaus 7) sein. Einheitlich zertifizierte Abschlüsse für Aus- und
233 Weiterbildung und die sozialpartnerschaftliche Entwicklung der
234 Ausbildungsverordnungen sowie der dualen Lernorte in der Praxis müssen bundesweit
235 abgesichert werden. Neue Bundesberufsgesetze müssen eine angemessene
236 Ausbildungsvergütung, Lernmittelfreiheit sowie die Einführung von Ausgleichsfonds,
237 wie bspw. bereits im Pflegeberufegesetz (PflBG) verankert, regeln. Damit einher geht
238 selbstverständlich auch die allgemeine Abschaffung von Schulgeld in allen Ausbildungs-
239 Berufen.

240 Das duale Studium hat in den letzten Jahren kontinuierlich an Bedeutung gewonnen.
241 Die Zahl der Dualstudierenden hat sich in den vergangenen 10 Jahren mehr als

242 verdoppelt. Wir werden daher einheitliche gesetzliche Regelungen schaffen, um die
243 Verzahnung von Theorie und Praxis zu garantieren. Die zeitliche und finanzielle
244 Belastung durch die verschiedenen Studienstandorte werden wir verringern und die
245 Übernahmechancen nach Abschluss des Studiums verbessern:

246 Um die Wissensvermittlung in dualen Studiengängen einheitlich gewährleisten zu
247 können, braucht es insbesondere die Festlegung von bundeseinheitlichen
248 Vertragsstandards und verbindlichen Qualitätskriterien für die Praxisphasen, sowie
249 verbindliche Regelungen zur Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Betrieb.
250 Geltende Schutzstandards in dualen Ausbildungen müssen auch für dual Studierende
251 gelten. Um die dual Studierenden finanziell abzusichern, fordern wir eine ausnahmslose
252 Mindestausbildungsvergütung, in Höhe von 80 Prozent der durchschnittlichen
253 tariflichen Ausbildungsvergütung des jeweiligen Ausbildungsjahres. Außerdem muss es
254 einen starken Übernahmeanspruch geben, um den Studierenden eine verlässliche
255 Planungsperspektive zu schaffen. Eine Nichtübernahme in ein unbefristetes
256 Arbeitsverhältnis nach Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses muss von dem
257 Betrieb den Studierenden mindestens drei Monate vor dessen Ende schriftlich mitgeteilt
258 und begründet werden, um den Studierenden Planungssicherheit zu ermöglichen.

259 Wir müssen Sorge tragen für eine physische und digitale Beweglichkeit bei der
260 Berufswahl. Gerade in strukturschwachen Regionen sind ausbildungsinteressierte
261 Menschen darauf angewiesen, auf Ausbildungsangebote im weiteren Umfeld
262 zurückgreifen zu können. Junge Menschen dürfen in ihrer Berufswahlfreiheit nicht
263 eingeschränkt werden, weil sie sich die Aufnahme einer Ausbildung an einem anderen
264 Ort als ihrem Wohnort schlicht nicht leisten können. Daher sind finanzielle Hilfen für
265 Mobilität notwendig, wie Azubi-Tickets oder eine verbesserte Beantragungsmöglichkeit
266 bei der Berufsausbildungsbeihilfe (BAB). Außerdem sollte neben dem studentischen
267 Wohnen ein Bundesprogramm „Junges Wohnen“ aufgesetzt werden, das allen
268 Erstauszubildenden, egal ob sie eine duale Ausbildung machen oder ein Studium
269 absolvieren, günstigen Wohnraum zur Verfügung stellt. Ein gemeinsames Wohnen von
270 studentischen und beruflichen Auszubildenden schafft auch Durchlässigkeit. Für die
271 digitale Mobilität sollte im Sinne einer Lernmittelfreiheit jeder*in Auszubildenden
272 mindestens ein mobiles Leihgerät während der Ausbildung bereitgestellt werden, sowie
273 eine kostengünstige „AzubiDatenflat“.

274 **III. Studium - Zukunftsweichen stellen**

275 An die Zeit in beengten Hörsälen und Mensaessen können sich viele Studierende gar
276 nicht erinnern. Denn das dritte Corona-Semester bedeutet für viele ein weiteres halbes
277 Jahr alleine zu Hause am Schreibtisch zu verbringen. Die digitalen Studienbedingungen
278 und oftmals geschlossenen Bibliotheken sind große Herausforderungen. Hinzu kommen

279 oftmals Einsamkeit und fehlende Kontakte. Viele Studierende haben zudem ihren
280 Nebenjob verloren - ob in der Gastronomie, dem Einzelhandel oder der
281 Veranstaltungsbranche. Das trifft insbesondere diejenigen hart, die aus finanziell
282 schwächeren Familien kommen.

283 Studierende und Hochschulen haben einen Kaltstart in die Digitalisierung hingelegt.
284 Dabei wurde Großes geleistet. Wir wollen die Hochschulen bei der Digitalisierung
285 unterstützen, damit sie aus Fehlern lernen können und Innovationen gestärkt werden.
286 Wenn die Studierenden an die Hochschulen zurückkehren, soll das Studium digitaler
287 sein als vor Beginn der Pandemie.

288 Der Campus ist der Ort, an dem Zukunft gedacht wird. Der Campus der Zukunft ist
289 digital, nachhaltig und sozial. Deswegen wollen wir innovative Ideen für den
290 klimafreundlichen und sozialen Campus mit zusätzlichen Investitionen unterstützen.
291 Das umfasst auch die Schaffung neuer Wohnheimplätze und die Infrastruktur der
292 Studierendenwerke.

293 Wir wollen jetzt erst recht dafür sorgen, dass nicht der Kontostand der Eltern darüber
294 entscheidet, ob jemand im Hörsaal sitzt. Es soll die Entscheidung jedes einzelnen sein.
295 Akut werden wir dafür sorgen, dass Studienkredite, die während der Pandemie
296 aufgenommen wurden, dauerhaft zinsfrei werden. Für überschuldetet Studierende
297 muss außerdem die Möglichkeit eines Schuldenschnitts bestehen.

298 Das BAföG ist seit 50 Jahren unser sozialdemokratischer Weg die freie Entscheidung für
299 Studium und Ausbildung möglich zu machen. Wir haben die Fördersätze bereits im
300 vergangenen Jahr angehoben, um den steigenden Lebenshaltungskosten gerecht zu
301 werden. Mit einer Anhebung der Elternfreibeträge haben wir zudem dafür gesorgt, dass
302 noch mehr Menschen von dieser Unterstützung profitieren.

303 Wir werden diesen Weg in großen Schritten weitergehen und dem BAföG wieder zu dem
304 Aufstiegsversprechen verhelfen, für das wir es eingeführt haben. Dafür weiten wir die
305 Förderansprüche aus und streben eine schrittweise Rückkehr zum Vollzuschuss an,
306 damit ihr ohne einen Schuldenberg in das Berufsleben starten könnt. Das neue
307 Kindergeld wird darüber hinaus eine Basisabsicherung für alle bis zum Alter von 25
308 Jahren sein und jedem jungen Menschen ausgezahlt. Es macht das BAföG
309 elternunabhängiger. Zugleich werden wir das BAföG und das Aufstiegs-BAföG besser
310 aufeinander abstimmen und perspektivisch zusammenführen. Die Altersgrenzen im
311 BAföG werden wir dazu in einem ersten Schritt aufheben. Wir werden so für viele junge
312 Menschen den Weg in den Hörsaal ebnen. Und wir brauchen ein Neustart-BAföG, das
313 auch später neue berufliche Wege öffnet und angemessen den Lebensunterhalt sichert.

314 **IV. Berufsstart - flexibel und sicher in die selbstbestimmte Zukunft**

315 Eine gute Ausbildung oder der Abschluss eines Studiums ist die Eintrittskarte in das
316 eigene Berufsleben. Viel zu oft startet das aber mit einem befristeten Arbeitsvertrag.
317 Befristungen nehmen kontinuierlich zu und treffen überwiegend junge Menschen.
318 Gerade jetzt in der Corona-Pandemie laufen viele Verträge einfach aus. Befristungen
319 erschweren Familiengründungen und ein selbstbestimmtes Leben oder schon das
320 Finden einer Wohnung.

321 Auch deshalb haben wir ein Gesetz zur Eindämmung von sachgrundlosen Befristungen
322 vorgelegt. Sachgrundlose Befristungen wollen wir in der nächsten Legislatur komplett
323 abschaffen. Die Sachgründe werden wir kritisch prüfen und Gründe da abschaffen, wo
324 es nötig ist. Auch der Staat muss mit gutem Beispiel vorangehen. Die Befristungspraxis
325 im öffentlichen Dienst wollen wir zurückdrängen.

326 Der Start ins Berufsleben markiert noch lange nicht das Ende der eigenen beruflichen
327 Entwicklung. Wir wollen eine Arbeitswelt gestalten, in der man immer wieder neue
328 Wege gehen kann. Daher werden wir die Gebühren für Techniker*innen und
329 Meister*innenkurse abschaffen und ein Neustart BAföG einführen, dass auch nach dem
330 ersten Berufsabschluss neue berufliche Wege öffnet und einen angemessenen
331 Lebensunterhalt sichert. Mit einem Recht auf Weiterbildung schaffen wir die
332 Möglichkeit sich immer wieder neu zu erfinden. Mit geförderter Bildungszeit und
333 Bildungsteilzeit kann sich jede*r auch unabhängig vom Betrieb weiterbilden.

334 **V. Zusammen Zukunft machen**

335 Auch die Pandemie hat deutlich gemacht: Viel zu oft wird ÜBER junge Menschen
336 gesprochen, anstatt MIT ihnen. Dabei können wir nur dann erfolgreich sein, wenn auch
337 eure Perspektiven einbezogen werden. In Fragen des Klimawandels, wie wir die Schule
338 oder die Arbeitswelt von morgen gestalten wollen – ihr sollt mitreden und
339 mitbestimmen können. Wir setzen uns ohne Wenn und Aber für ein Wahlalter ab 16
340 Jahren ein. Wir wollen mehr Beteiligung für junge Menschen in Kommunen, in Schulen,
341 Hochschulen und in Betrieben. Mit Blick auf die Zukunft unseres Landes gibt es sehr viel
342 zu tun. Wir wollen diese Zukunft gemeinsam mit euch, den jungen Menschen, formen
343 und gestalten - denn euch wird sie gehören. Wir haben damit begonnen: Ein Drittel aller
344 Bundestagskandidat*innen der SPD sind unter 40. Die Start-up Gründerin, die
345 Berufseinsteigerin, die junge Pflegefachkraft - sie alle wollen selbst ihre Stimme erheben
346 und diese Zukunft im Bundestag gestalten. Wer jungen Menschen eine Stimme geben
347 möchte - der sollte sein Kreuz am 26. September bei der SPD machen. Mit Olaf Scholz als
348 unserem Kanzlerkandidaten stellen wir das Land auf. Aus Respekt vor eurer Zukunft.